

Zusammenfassung der Diskussionen auf der Beteiligungskonferenz

Die 1. Bremer Beteiligungskonferenz am 22. Februar im Konsul-Hackfeld-Haus wurde vom Bremer Netzwerk Bürgerbeteiligung (BNB) ausgerichtet und von über 90 Personen besucht. Viele Beteiligungsinitiativen aus Bremer Stadtteilen, aber auch zahlreiche Vertreter/innen von Beiräten/Ortsämtern und Parteien waren gekommen. Über die Konferenz ist am selben Abend ausführlich in buten & binnen berichtet worden.

Hintergrund der Konferenz war, dass das Vorhaben eines Entwicklungsplans Bürgerbeteiligung – schon 2013 in der Stadtbürgerschaft einstimmig beschlossen - von der Senatsverwaltung nie ernsthaft betrieben wurde. Zuletzt wurden vom verantwortlichen Vertreter der Senatskanzlei eine neue Beteiligungsstruktur und eine dafür zuständige Koordinationsstelle explizit abgelehnt. Der Entwicklungsplan Bürgerbeteiligung droht, am fehlenden Umsetzungswillen von Politik und Verwaltung zu scheitern.

Der Konferenzverlauf

Demgegenüber demonstrierte die 1. Bremer Beteiligungskonferenz lebhaft, dass Bürger/innen¹ und Initiativen aus allen Bremer Stadtteilen eine demokratische Beteiligungskultur wünschen und zu ihr selbst aktiv beitragen. In dem Gallery-walk, vor allem aber in den Workshops unterstrichen die Teilnehmerinnen/Teilnehmer der Konferenz die Notwendigkeit, auch in Bremen eine "trialogische" Beteiligungsstruktur (Zivilgesellschaft/Politik/Verwaltung) und eine zwischen den Senatsressorts vermittelnde Koordinierungsstelle aufzubauen, wie sie in anderen deutschen Städten (etwa Wolfsburg) längst besteht.

Der Konferenz lag der Entwurf eines Memorandums "Bremen - eine Stadt mit Stimme für alle Bürgerinnen und Bürger!" vor, das das BNB aufgrund einer Befragung Bremer Beteiligungsinitiativen im Hinblick auf ihre Beteiligungserfahrungen und -wünsche formuliert hat. Im Eingangsplenum wurden die Grundlinien des Memorandums von Prof. Ulrich

¹ Bürger/innen bedeutet in diesem Dokument "in Bremen lebende Menschen", also nicht nur Einwohner/innen oder deutsche Staatsangehörige.

Mückenberger mit Bezug auf das Beispiel Wolfsburg vorgestellt - in einem Gespräch mit Anne Dwertmann (Lidice-Haus) und Frank Ballschmiede (Initiative BürgerInAktion Neues Hulsberg) wurde es auf einen konkreten Bremer Fall bezogen.

Die Diskussion um den Memo-Entwurf fand hauptsächlich in den vier zweistündigen Workshops statt. Diesen lag - themengleich - der Memo-Entwurf zur Beratung zu Grunde. Ziel war, mögliche Verbesserungen an dem Entwurf zu diskutieren und diese dem einstündigen Abschlussplenum zu unterbreiten.

Die Diskussionen in den Workshops erwiesen sich als außerordentlich produktiv und konstruktiv. Die Kernanliegen des vorgelegten Memorandums wurden allgemein geteilt. Es wurde jedoch Skepsis geäußert, ob ein solches Memo in der Bremer Verwaltung auf offene Ohren stoße. Es wurde andererseits die Meinung vertreten, dass es auch in Politik und Verwaltung Unterstützer von Beteiligung gibt, so dass die im Memo-Entwurf skizzierte Perspektive durchaus Erfolgchancen habe.

Das Abschlussplenum der 1. Bremer Beteiligungskonferenz führte zur Verabschiedung der Grundlinien des Memorandums.

Im Folgenden führen wir weitere, zum Teil kontrovers diskutierte Diskussionspunkte, die aus den Workshops durch die BNB-Moderator/inn/en berichtet und im Abschlussplenum andiskutiert wurden. Ihre Abfolge folgt den vier Punkten "Unsere konkreten Forderungen zur Bürgerbeteiligung an die Bremer Politik" des Memo-Entwurfs.

Die weiterführenden Diskussionspunkte:

Zu 1. Vorhabenliste

(1) Die öffentliche Vorhabenliste wurde allgemein als wichtig angesehen, um einen Überblick über kommunale Planungsvorhaben zu bekommen. Für Bürgerinitiativen sei sie allerdings nicht ausreichend, da sie "top down" von der Verwaltung und ihren Planungen her konzipiert sei. Ob auch Bedarfsanmeldungen "von unten" (bottom up) für Planungen aufgenommen werden sollten, schlug sich in dem Vorschlag einer "Bedarfsliste" nieder. Auch wenn bottom up-Planungen allgemein gutgeheißen wurden, wurde vereinzelt eingewandt, eine solche Bedarfsliste dürfe auf keinen Fall zu einer Einengung der von Bürgerinitiativen

aufgreifbaren Themen führen. Außerdem ist die Vorhabenliste durch feste Ansprechpartner, Planungen und Ressourcen gekennzeichnet, was für eine "Bedarfsliste" nicht zutrifft.

Zu 2. Kriterienkatalog

(2) Die Aufstellung eines solchen Kataloges wurde für die Frage, wann Beteiligungsverfahren durchzuführen sind, für den Bereich der Kinder- und Jugendarbeit positiv bewertet. Die bisher im Memorandumsentwurf aufgeführten Kriterien seien jedoch dafür noch nicht hinreichend. Bei der Aufstellung müssten Sachverständige beteiligt werden - ggf. sei ein Anhörungsverfahren durchzuführen.

Zu 3. Trialog

(3) Bei der Trialog-Struktur für Beteiligung ist zu bedenken, inwiefern Beteiligung zentral oder dezentral stattfinden soll. Beim Trialog wird an ein gesamtstädtisches Gremium gedacht. Klar ist, dass demgegenüber die Beteiligungsprozesse bei einzelnen Vorhaben dezentral ablaufen. Denkbar ist, dass für *Stadtteile* oder bestimmte *Personengruppen* zusätzlich eigene Trialog-Gremien zusammentreten.

(4) Das trialogische Gremium sollte paritätisch besetzt sein. In den Städten, die Trialoge vorsehen, sind Bürger oft zahlenmäßig stärker repräsentiert als Politik und Verwaltung. Das hängt auch mit dem nächsten Punkt zusammen.

(5) Wie kann das trialogische Beratungsgremium die Stadtgesellschaft abbilden? Ein kleines Gremium kann kaum repräsentativ zusammengesetzt sein. Die Zufallsauswahl kann zu ganz verzerrten Ergebnissen führen. Positiv wurden Erfahrungen von „Runden Tischen“ bewertet, um dessen Weiterentwicklung es sich handele. Hier ist noch Klärungsbedarf.

(6) Gehören auch Unternehmen zur Zivilgesellschaft? Dagegen wird vorgebracht, dass dann die beteiligten Akteure über unterschiedliche Finanz- und Machtressourcen sowie unterschiedliche Zugänge zu den politischen Entscheidungsträgern verfügen. Andererseits dient möglicherweise gerade die Einbindung von Machtträgern dazu, für mehr Transparenz zu sorgen. Ressourcenarme Akteure müssen die Möglichkeit haben, über eigene Gutachter bzw. Gutachten „Waffengleichheit“ mit ressourcenstarken Akteuren herzustellen.

(7) Es muss darauf geachtet werden, dass auch beteiligungsunerfahrene Gruppe adäquat angesprochen und in Beteiligungsprozesse einbezogen werden. Das muss sich bereits in der Zusammensetzung der Trialog-Strukturen niederschlagen.

(8) Die politische Mentalität bei der Verwaltung und bei den politischen Akteuren muss sich in Bezug auf Bürgerbeteiligung in vielen Bereichen ändern. Kompromissbereitschaft und Konsenssuche von Seiten aller Beteiligten sind für erfolgreiche Beteiligungsverfahren unerlässlich. Dafür Chancen zu schaffen, muss sich auch in der Moderation der Trialog-Gremien niederschlagen.

(9) In Trialogen der geforderten Art treffen zivilgesellschaftliche Vertreter/innen auf Akteure, die die Kooperation in ihrer (bezahlten) Arbeitszeit verrichten. Für sie selbst stellt diese Tätigkeit zusätzlichen Aufwand und u.U. Verlust von Einkommen dar. Das führt u.U. zu einer sozial unausgewogenen Zusammensetzung der Trialog-Runden ("wer kann sich's leisten?"). Es ist vor diesem Hintergrund zu prüfen, ob der ehrenamtliche Einsatz durch Aufwandsentschädigungen zumindest teilweise kompensiert werden kann.

Zu 4. Koordinierungsstelle

(10) Die Koordinierungsstelle soll unabhängig sein. Das ist ein kompliziertes Problem, da diese Stelle unweigerlich in die Verwaltungsstrukturen eingebunden ist. Es gibt aber Vorbilder (wie Frauenbeauftragte oder Datenschutzbeauftragte).

(11) Für alle Beteiligte in einem Beteiligungsverfahren müssen Ansprechpartner und Verantwortlichkeiten klar sein. Während eines Beteiligungsverfahrens muss die Kontinuität der Kommunikation zwischen allen Beteiligten gewahrt sein. Alle Beteiligten müssen kontinuierlich und gleichberechtigt Zugang zu allen verfügbaren Unterlagen und Informationen haben. Das prägt die Arbeit der Koordinierungsstelle.

(12) Wenn regelmäßige Controllingberichte über den Gang der verschiedenen Beteiligungsverfahren erfordert werden, so müssen diese in der Koordinierungsstelle zusammenlaufen.

(Ulrich Mückenberger)